EU·Kommunal

CDU/CSU-Gruppe in der evp-fraktion im europäischen parlament

Europapolitik für die kommunale Ebene

Ausgabe 02 · Nov. 2026



Das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission

SCHWERPUNKT

Bürokratieabbau und kommunaler Handlungsspielraum müssen im Zentrum stehen!

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

von bezahlbarer Energie bis hin zur Stärkung ländlicher Räume: Mit unserer neuen Informationskampagne „Dein Europa“ möchten wir aufzeigen, wie europäische Zusammenarbeit den Alltag in unseren Kommunen prägt. Auch mit „EU-Kommunal“ soll Europa durch aktuelle Informationen und konkrete Beispiele aus der kommunalen Praxis greifbarer werden. Denn eines ist klar: Starke Kommunen brauchen ein starkes Europa – und umgekehrt!

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Hildegard Bentele MdEP
– Parl. Geschäftsführerin –

Stefan Köhler MdEP
– Parl. Geschäftsführer –

In dieser Ausgabe

- Aus Brüssel & Straßburg
- Kurz erklärt
- Praxis vor Ort
- Fördermittel im Blick
- Termine

Herausgegeben von der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission: Bürokratieabbau und kommunaler Handlungsspielraum müssen im Zentrum stehen!



Von der Energieversorgung bis zur kommunalen Entwicklung: Die Kampagne „Dein Europa“ der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament möchte die Bedeutung europäischer Entscheidungen für Städte und Gemeinden sichtbarer machen.

Ob die Schule saniert oder neuer Wohnraum geschaffen werden muss – unsere Städte und Gemeinden stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, brauchen sie vor allem eine verlässliche Finanzierung und leicht umsetzbare Regeln. Das am 4. November beschlossene Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2027 setzt einen deutlichen Schwerpunkt auf Bürokratieabbau und Vereinfachung. Sein Erfolgsmaßstab ist deshalb denkbar einfach: Es muss die kommunale Handlungsfähigkeit spürbar stärken, statt Städte und Gemeinden mit weiteren Vorgaben zu belasten.

Konkrete Vorhaben sind bereits in Sicht: Für das zweite Quartal 2027 plant die Kommission ein Vereinfachungspaket für den Wohnungsbau, für das dritte Quartal einen Vorschlag zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Damit könnten sich grundsätzlich neue Spielräume für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ergeben. Entscheidend wird jedoch die konkrete Ausgestaltung sein, denn die Herausforderungen unterscheiden sich von Ort zu Ort: Während wachsende Städte dringend zusätzlichen Wohnraum benötigen, geht es in vielen ländlichen Kommunen auch darum, leerstehende Gebäude wieder nutzbar zu machen.

Neben neuen Initiativen setzt das Arbeitsprogramm 2027 auf die zügige Umsetzung bereits angestoßener Reformen. Dazu zählt insbesondere die Reform des europäischen Vergaberechts, für die seit September ein Kommissionsvorschlag vorliegt. Egal, ob die Kommunen Bauleistungen ausschreiben oder Fahrzeuge beschaffen müssen, die Verfahren müssen rechtssicher und mit vertretbarem Aufwand zu bewältigen sein. Die EVP-Fraktion fordert deshalb mehr Flexibilität und

weniger Bürokratie, was gerade kleineren öffentlichen Auftraggebern zugutekäme. Einfachere Nachweise und Abläufe könnten Verwaltungen erheblich entlasten und kleineren, lokalen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern.

Der Vereinfachungsanspruch des Arbeitsprogramms muss sich auch beim Zugang zu europäischen Fördermitteln bewähren. Gerade kleinere Rathäuser verfügen nicht über eigene Abteilungen für komplexe Anträge und umfangreiche Berichtspflichten. Die EVP-Fraktion setzt sich deshalb für deutlich einfachere Regeln für EU-Mittel ein. Die Kommunen brauchen verständliche Antragsunterlagen und einen „schlankeren" Verwaltungsaufwand, der dem Umfang eines Projekts angemessen ist.

Auch 2027 werden die Verhandlungen über den neuen EU-Finanzrahmen ab 2028 eine wichtige Rolle spielen. Hier geht es für die Kommunen auch um ihre Mitspracherechte. Eine ausreichend finanzierte Regionalförderung muss ebenso gesichert bleiben wie die Beteiligung der kommunalen Ebene. Die EVP-Fraktion fordert ausdrücklich, die Rolle der Städte und Regionen bei der Planung und Umsetzung zu bewahren. Denn über die Entwicklungsperspektiven vor Ort darf nicht nur in Brüssel und den nationalen Hauptstädten entschieden werden.

Ob der Reformkurs der Kommission tatsächlich Entlastung bringt, entscheidet sich maßgeblich bei der Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten. Ein geplanter Pakt gegen ‚Gold-Plating' – damit ist eine Praxis gemeint, bei der Mitgliedstaaten EU-Recht mit darüber hinausgehenden Anforderungen umsetzen – soll verhindern, dass Vereinfachungen durch ebensolche Zusatzvorschriften direkt wieder verloren gehen. Auch Bund und Länder sind deshalb gefordert, auf unnötige eigene Vorgaben zu verzichten. Denn am Ende zählt für die Städte und Gemeinden, ob Genehmigungen schneller erteilt, Förderprojekte einfacher umgesetzt und Entscheidungen verlässlich getroffen werden können. Genau daran muss sich das Arbeitsprogramm 2027 messen lassen.

AUS BRÜSSEL & STRASSBURG

Digitale Identität: Behördengänge einfacher machen

Bis Ende 2026 müssen die Mitgliedstaaten digitale „Identitätsbrieftaschen" bereitstellen. Bürgerinnen und Bürger können sich damit online ausweisen und Nachweise übermitteln. Die EVP-Fraktion fordert, dass auch künftig herkömmliche Ausweise genutzt werden können. Bürgerämter brauchen dafür unkomplizierte technische Lösungen, die den Datenschutz gewährleisten.

EU-Führerschein: Mit weniger Bürokratie zu mehr Mobilität

Die EU-Umsetzungsstrategie konkretisiert die vereinfachten Regeln für digitale Führerscheine und das begleitete Fahren ab 17 Jahren. Die EVP-Fraktion begrüßt die Reform als Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit und weniger Bürokratie. Gerade im ländlichen Raum kann sie jungen Menschen mehr Mobilität ermöglichen.

Katastrophenschutz: Ehrenamt vor Ort stärken

Neue EU-Leitlinien vom 3. November empfehlen eine verständlichere Krisenkommunikation und eine bessere Vorsorge für die ersten 72 Stunden eines Katastrophen- oder Krisenfalls. Für die EVP-Fraktion steht fest: Städte und Gemeinden brauchen vor allem mehr Unterstützung für ehrenamtliche Einsatzkräfte und weniger Hürden bei grenzüberschreitender Hilfe.

KURZ ERKLÄRT

Was ist eigentlich LEADER?

LEADER ist ein EU-Förderprogramm, das seit 1991 ländliche Regionen stärkt. Die Besonderheit: Menschen vor Ort bestimmen mit. In lokalen Aktionsgruppen arbeiten Kommunen, Unternehmen, Vereine und weitere gesellschaftliche Gruppen zusammen. Sie wählen auf Grundlage einer regionalen Entwicklungsstrategie Fördervorhaben aus, etwa für Nahversorgung, Kultur oder Tourismus. Finanziert wird LEADER vor allem aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ergänzt durch nationale Mittel sowie die Eigenanteile der Projektträger. Die EVP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Programm auch in Zukunft erhalten bleibt.

PRAXIS VOR ORT

Eine mobile Bühne für sechs niederbayerische Kommunen

Ein Konzert auf dem Dorfplatz, ein Theaterabend oder ein Vereinsfest: Eine gemeinsam angeschaffte mobile Veranstaltungsbühne erweitert seit Sommer 2026 die kulturellen Möglichkeiten in den sechs Kommunen des niederbayerischen Verbundes der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) Donau-Isar. Es ist ein ermutigender Schritt in Zeiten knapper Kassen, denn Kulturangebote gehören vielerorts zu den freiwilligen kommunalen Leistungen und geraten zunehmend unter Spardruck.

Die Bühne kostete rund 72.000 Euro; das EU-Programm LEADER (siehe „Kurz erklärt“) steuerte 30.450 Euro bei. Den Eigenanteil teilen sich die sechs Partnerkommunen, zu denen neben den Städten Deggendorf und Plattling vier weitere Gemeinden gehören. Die auf einem Anhänger montierte Bühne ist in weniger als 30 Minuten aufgebaut und soll nach einer Erprobungsphase unter anderem auch den örtlichen Vereinen zur Verfügung stehen. Das Projekt zeigt, wie EU-Förderung und interkommunale Zusammenarbeit das kulturelle Leben und das Ehrenamt auch unter finanziell schwierigen Bedingungen stärken können.

Werden auch in Ihrer Kommune Projekte erfolgreich mit europäischen Fördermitteln umgesetzt? Teilen Sie Ihre Erfahrungen mit uns – wir freuen uns: info@cducsu.eu

ANSPRECHPARTNERINNEN

Unsere kommunalpolitischen Sprecherinnen:

Sabine Verheyen MdEP
sabine.verheyen@ep.europa.eu

Marion Walsmann MdEP
marion.walsmann@ep.europa.eu

Sprechen Sie uns gerne an!

FÖRDERMITTEL IM BLICK

European City Facility — Frist: 21.12.2026, 17 Uhr

60.000 Euro für kommunale Energie- und Wärme-Investitionskonzepte, nicht für Investitionen selbst. Weitere Informationen

CERV – Europäisches Geschichtsbewusstsein — Frist: 24.02.2027

50.000–500.000 Euro für europäische Erinnerungsprojekte von mindestens zwei Organisationen. Weitere Informationen

EUI City-to-City Exchanges — Antragstellung laufend

Geförderter Austausch zwischen europäischen Städten zur Erarbeitung von Lösungen für kommunale Herausforderungen; Reise- und Übernachtungskosten werden übernommen. Auch kleinere Städte können teilnehmen, sofern sie die Förderkriterien erfüllen.
Weitere Informationen

TERMINE

26.–27.11.2026 Berlin: WZB-Konferenz „Wieviel Staat soll es denn sein? Handlungskompetenz am Beispiel der Kommunen“.
Weitere Informationen

01.12.2026 Online: KOMMUNAL-Webinar „Starkes Ehrenamt vor Ort“ – Zusammenarbeit von Verwaltung und Ehrenamt, kostenpflichtig.
Weitere Informationen

02.12.2026 Online: PEFC/natureplus-Webinar „Nachhaltige Beschaffung in Kommunen“ – kostenfrei, Anmeldung bis zum 25.11.
Weitere Informationen

15.12.2026 Online: Innovationsstiftung/GKDS-Webinar „Datenschutz in der KI-Welt“ – kostenfrei, praxisnaher Umgang mit der DSGVO und der EU-KI-Verordnung. Weitere Informationen

Impressum & Hinweise

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament; Büro Berlin, Unter den Linden 71, 10117 Berlin; E-Mail: info@cducsu.eu; Tel.: +49-30-22775775; Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Hildegard Bentele MdEP, Parl. Geschäftsführerin; Stefan Köhler MdEP, Parl. Geschäftsführer (Anschrift wie oben); Redaktion & Produktion: Sario Marketing GmbH, Anni-Eisler-Lehmann-Str. 3, 55122 Mainz; Urheberrecht & Bildnachweise: Nutzungsrechte beim Herausgeber. Verwendung von gemeinfreiem sowie lizenziertem Bildmaterial (u. a. über magnific.com); EU-Kennzeichen: Die Nutzung erfolgt gemäß den offiziellen Nutzungsbedingungen und beinhaltet keine Suggestion institutioneller Nähe.